

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Leipzig 12548.

Anzeigenpreise: Sechsgelbstene Korpusseite 20 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 25 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 70 bezw. 75 Pfg. — Eingelagert und Reklamen 70 Pfg.

Nr. 107

Dienstag den 13. Mai 1919

85. Jahrgang

Aleieverteilung.

Den Verteilungstellen ist eine geringe Aleimenge überwiesen worden, die wiederum für franks Tiere (Pferde, Rinder, Schweine und Ziegen) und für säugende Muttersiere bestimmt ist.

Anträge auf Zuteilung sind an die Verteilungstellen zu richten.

Dippoldiswalde, den 9. Mai 1919.

M. 212 a.

Die Amtshauptmannschaft.

Zu einer

Öffentlichen Kundgebung

Vertilgung und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Auch in unserer Stadt ist eine Kundgebung gegen den uns angenehmen Gewaltfrieden eingeleitet worden. Rat und Stadtverordnete laden die gesamte Bürgerschaft für Dienstag, 13. Mai, abends 8 Uhr zu diesem Zwecke nach der Reichstrone ein. Die Zeiten sind zu ernst, die Frage zu wichtig, zu tiefengreifend in unser ganzes Volkleben, in alle wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten, als daß auch nur einer abseits stehen könnte. Wir glauben, daß alle unsern städtischen Kollegen da. Dar sind für diese Anregung und am Dienstag abend sich in der Reichstrone einfinden werden.

— Mitglieder des Landestheaters werden am Dienstag, 20. Mai, hier einen Gastspielabend veranstalten. Aufgeführt wird das Lustspiel: 360 Frauen.

— In der Nacht zum vergangenen Sonnabend sind in der Fabrik von Blanke & Rast hier (normalerweise Kalliope) durch vorübergehende Personen, jedenfalls aus Mutwillen, mehrere Fensterscheiben eingeschlagen worden.

— Die neuen Lose der 175. Sächsischen Landeslotterie haben eine beachtenswerte Veränderung in ihrem Aussehen erhalten. Anstelle des bisherigen sächsischen Wappens ist ein aus den Buchstaben „S. L.“ bestehendes Monogramm getreten. Auch die bisherige Unterschrift ist durch „Sächsische Lotteriedirektion“ vereinfacht worden; nur im Untergrundmasterdruck ist der bisherige Druck beibehalten worden. Laut Verfügung der Lotteriedirektion kostet ein Klassenlos jetzt M. 5,10, während der Losausdruck nur auf M. 5.— lautet.

Schmiedeberg. Freitag den 16. Mai 1919 abends 1/28 Uhr öffentliche Gemeindevorstellung in der Schulaula. Tagesordnung: 1. Beratung der Haushaltspläne für die Armen-, Gemeinde-, Wasserwerks- und Feuerlöschkasse auf 1919. 2. Beschlußfassung über Beitritt zu dem Gemeindeverband „Sächsische Gemeindeverband“. 3. Desgleichen wegen Gründung eines Gemeindeverbandes zur Errichtung eines Miteinigungsamtes. 4. Antrag des Erwerbslosen-Fürsorgeausschusses auf Zuwahl von zwei weiteren Mitgliedern. 5. Ein Gesuch um Genehmigung von Brauntwein-Kant. 6. Mitteilungen. Hiernach nichtöffentliche Sitzung.

Bärenburg. Die Ortsgruppe Bärenburg und Umgegend der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet in der Pfingstwoche eine Versammlung, in der Redner verschiedener Richtungen über die Kraft des nationalen Gedankens sprechen werden. Zunächst ist der bekannte Redner der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Warendorfer, der früher Sozialdemokrat war, in Aussicht genommen.

Altenberg. Die Junggriffnahme der Bauarbeiten für die Fortsetzung der Mühlgräbenbahn von Geising nach Altenberg wird Montag vormittags 11 Uhr durch den ersten Spatenstich in einfacher, würdiger Weise eingeleitet.

— Ein seltenes Jubiläum konnte am Donnerstag ein fleißiges ehrentüchtiges Ehepaar begehen: die Diamantene Hochzeit. Zinnhämmermeister I. A. August Rabe mit seiner Gattin Frau Marie geb. Schöne war es vergönnt, den 60jährigen Geburtstag ihres Ehebandes in Gesundheit zu feiern.

Frauenstein. Der fleißige Kirchenvorstand erklärt folgenden Aufruf: „Unsere Gloden lehren beim Voranschritt in den nächsten Tagen. Bevor sie aber die Gemeinde mit ihrem feierlichen Geläut wieder beglücken können, macht sich eine Umhängung der Gloden dringend notwendig. Die Kosten der Umhängung und des Transportes belaufen sich auf über 3000 M. Davon ist erst ein Teil durch vorhandene Mittel gedeckt. Wir wenden uns deshalb an alle Glieder unserer Gemeinde mit der Bitte, der allgemein gefühlten Freude über die Erhaltung und Rückkehr der Gloden dadurch Ausdruck zu geben, daß jedes eine freundliche Gabe zur Deckung der Kosten spendet. Eine Hausammlung wird dazu Gelegenheit geben. Nur einer besonderen Fügung ist die Erhaltung unserer Gloden zu danken. Wieviele hat die ehrene Stimme der Gloden in Freud und Leid des Lebens

gegrüßt, ihren Blick vom Staub der Erde mahnend, tröstend aufwärts gelenkt, mag nun auch dankbare Gegenliebe sie grüßen am Tage ihrer Heimkehr.“

Bresden, 10. Mai. In einer Schankwirtschaft in der Friedrichstadt wurde ein Einbrecher verhaftet, der sich auf der Polizeiwache als der in Dresden geborene Soldat Kurt Kausch von der 1. Kompanie des 12. Bayr. Inf.-Regts. Neu-Ulm entpuppte. Während der Vernehmung erkannten die Polizeibeamten in dem Einbrecher einen jener Spartaisten, die am 12. April, dem Tage der Ermordung des Kriegsministers Neuring, mit bewaffnetem Automobil vor der Polizeiwache der Friedrichstadt vorgefahren waren, um ebenso wie im dritten Bezirk unter Drohung mit Erschießen die in der Wache befindlichen Waffen der Polizeibeamten zu beschlagnahmen. Im weiteren Verhör gab Kausch zu, daß er sich an den Demonstrationen vor dem Kriegsministerium beteiligt habe und daß er die vier Hauptbeteiligten, die den Minister von der Brücke in die Elbe geworfen haben, genau kenne. Die Namen derselben weigerte er sich vor der Polizei anzugeben, erklärte aber, dies an anderer Stelle zu tun. Vermutlich kommt Kausch als Hauptbeteiligter an dem Mord mit in Frage.

— Unter allgemeiner Teilnahme hat am gestrigen Sonntag nachmittag die Bestattung des schmählich hingerichteten Ministers Neuring stattgefunden.

Pirna. Eine glückliche Gemeinde ist die in der Amtshauptmannschaft Pirna gelegene Stadt Liebstedt. Sie war in der Lage, schon drei Jahre lang keine Kommunalsteuer zu erheben zu brauchen. Die Bedürfnisse wurden aus den Abrechnungen der Sparkasse gedeckt.

Leipzig. An dem Generalstreik in Leipzig hatten sich bekanntlich auch die städtischen Arbeiter beteiligt, was andererseits einen Gegenstreik der städtischen Beamten und Angestellten zur Folge hatte, da diese sich durch den Mangel an Licht und Heizung teilweise in die Unmöglichkeit versetzt sahen, ihre Tätigkeit auszuüben. Den Leipziger Stadtverordneten lag nun am Mittwoch der Antrag vor, den Rat zu ersuchen, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten die Streikfrage zu bezahlen. Sollte der Rat den Arbeitern die Streikfrage nicht bezahlen, so soll auch den Angestellten und Beamten, die gestreikt haben, Lohn und Gehalt für die Streikfrage gekürzt werden. Der Antrag wurde jedoch mit 34 gegen 30 Stimmen abgelehnt, da die Bürgerlichen wie auch die Mehrheitssozialisten entschieden gegen die Nachzahlung der Streikfrage der freiwillig in den Streik getretenen Arbeiter und andererseits gegen eine Gehaltskürzung für die im Abwehrtreue befindlichen Beamten und Angestellten Stellung nahmen.

Leipzig. Die streikenden Brauereiarbeiter beschloßen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen (120 M. Mindestlohn) bewilligt sind. Auch die Pferde sollen während des Streiks nicht gepflegt werden, und die Namen der Gastwirte, die sich selbst das Bier aus den Brauereien abholen, sollen veröffentlicht werden.

— Ein tödlicher Unfall setzte dem frohen Treiben junger Mädchen plötzlich ein Ende, die in der alten städtischen Turnhalle als Arbeiterinnen beschäftigt sind und während der Frühstundspause auf dem Dachboden Verstecken spielten. Das eine der Mädchen betrat dabei ein auf dem Fußboden befindliches Oberlichtfenster und stürzte durch dieses aus einer Höhe von 12 Metern in den darunter befindlichen Turnsaal, wo es tot liegen blieb.

Riesberg. Hier beschloß eine Versammlung von Arbeitlosen, den Oberpfarrer Dr. Kühn „zur Rechenhaft zu ziehen“, weil dieser bei der Konfirmation seine Konfirmanden sehr nachdrücklich vor öffenlichem Müßiggange und Langsamt mancher Erwerbslosen gewarnt hatte. Eine Menge von etwa 150 Arbeitlosen, darunter viele Neukonfirmierte, zogen vor die Pfarre und erlitten eine Abordnung, die erklärte, daß sämtliche Eingänge besetzt seien und daß man alles geräuschlos werde, wenn der Pfarrer nicht sofort vor der Menge sich

gegen den uns angenehmen Gewaltfrieden laden wir die gesamte Bürgerschaft unserer Stadt für

Dienstag den 13. Mai d. J. abends 8 Uhr

nach dem Saale der „Reichstrone“ ein.
Dippoldiswalde, den 11. Mai 1919.

Dr. Hornig,
Bürgermeister.

Hugo Jädel,
Stadtverordnetenvorsteher.

Formulare und andere Drucksachen f. Gemeinde- und ander Behörden liefert in zweifelsprechender Ausführung die Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde

verantwortlich. Dem Geistlichen, der erklärte, daß er pflichtmäßig gehandelt habe und von seinen Worten nichts zurücknehmen könne, daß ihm aber jede Absicht einer Herabsetzung der Erwerbslosen als solchen fern gelegen habe, gelang es, die Menge zu beschwichtigen, die sich auf Anordnung ihrer Führer wieder zerstreute. Dem Pfarrer war gleich am 10. November erklärt worden, daß man ihn sofort von der Kanzel holen würde, wenn er ein Wort wider die neue Zeit und deren Geist sage!

Regie Nachrichten.

Regierungstruppen in Leipzig.

Leipzig, 11. Mai. In den heutigen frühen Morgenstunden sind ganz unerwartet Regierungstruppen in Leipzig eingerückt und haben alle staatlichen und städtischen Gebäude, den Bahnhof, das Telegraphenamt, die Banken usw. besetzt. General Maerker hat den Oberbefehl übernommen und über Leipzig und die anstehenden Vororte das Standrecht proklamiert. Das Betreten der Straßen und Plätze ist von 8.30 Uhr abends bis 4.30 Uhr morgens verboten. Ansammlungen von mehr als 20 Personen sind untersagt. Die Sicherheitsgruppen, die auf unabhängiger und spartakistischer Seite stehen, werden entwaffnet und aufgelöst. Die Bevölkerung wird aufgefordert, alle Waffen abzuliefern. Die „Volkzeitung“ und die „Rote Fahne“ dürfen bis auf weiteres nicht erscheinen. General Maerker erklärte, daß er im Einverständnis mit der sächsischen Regierung die Ordnung in Leipzig wiederherstellen und der Regierung Anerkennung verschaffen soll. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist groß. Es bilden sich überall Gruppen, die das Ereignis erörtern. Die Straßenbahn verkehrt noch. Verschiedentlich werden Schreckschüsse abgegeben, um die Menschenansammlungen auseinander zu treiben. Der Große Leipziger Arbeiterrat hat bekanntlich in seiner letzten Sitzung beschlossen, beim Eingreifen der Regierungstruppen den Generalstreik zu proklamieren. Es sind daher Komplikationen zu befürchten, zumal ein großer Teil der Leipziger Arbeiterschaft auf Seiten der unabhängigen sozialdemokratischen Partei steht und die spartakistische Bewegung in letzter Zeit an Ausdehnung gewonnen hat. Wie es heißt, sollen bereits Verhaftungen von Arbeiterführern erfolgt sein. Es ließ sich bis zur Stunde nichts Bestimmtes ermitteln. Über der Stadt kreisen ununterbrochen Regierungsflieger.

Für den Anschluß.

Wien, 12. Mai. Hier kam es gestern zu gewaltigen Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland. Schon in den Morgenstunden zogen riesige Arbeitermassen aus den äußeren Bezirken nach dem Rathaus. Dort hielt Friedrich Adler eine Ansprache, in der er den unverbrüchlichen Willen Deutsch-Oesterreichs, sich an Deutschland anzuschließen, neuerlich betonte. Gleichzeitig fanden große Demonstrationen der Deutschnationalen und der Nationaldemokraten für den Anschluß statt. In Innsbruck und im übrigen Tirol wurden 48 Versammlungen der sozialdemokratischen und deutschnationalen Partei für den Anschluß an Deutschland abgehalten.

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch, den 14. Mai 1919.
Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Sup. Michael.
Bärenfels. Abends 8 Uhr Bibelbesprechstunde im Schwefelstein.
Seifersdorf. Abends 8 Uhr Andacht mit anschließender Abendmahlsfeier.
Freitag, den 16. Mai 1919.
Hörsdorf. Abends 8 Uhr Andacht.

Freibank.

Montag und Dienstag von 5 Uhr nachmittags ab Verkauf von Rindfleisch.

Deutsche Antwortnoten.

Die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens in entscheidenden Punkten verlassen.

Nach einer genauen Durchsicht und Prüfung der Friedensbedingungen geht die Auffassung sämtlicher Mitglieder der deutschen Friedensdelegation dahin, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar ist. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brodorski-Rangan, hat nach längerem Gedankenaustausch mit der Reichsregierung, die am Freitag unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem preussischen Kabinett zusammengetreten war, folgende Note an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Friedensbedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entscheidenden Punkten die vereinbarte Basis des Rechtsfriedens verlassen ist; sie war nicht darauf vorbereitet, daß die ausdrücklich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit gegebene Zusage auf diese Weise illusorisch gemacht wird. Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nachweis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Regierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

(gezeichnet) Brodorski-Rangan.

Die Alliierten rechnen bereits, wie die französische Havas-Agentur meldet, mit detaillierten deutschen Vorschlägen und einem völligen Gegenprojekt. Wahrscheinlich werden sie kompetenten Kommissionen die Aufgabe anvertrauen, die Vorschläge finanzieller, wirtschaftlicher usw. Natur zu prüfen. Die Prüfung wird mindestens acht Tage erfordern. Hierauf werden die Alliierten den Deutschen die Modifikationen bekanntgeben, welche, wenn solches geschieht, am ursprünglichen Vertragsentwurf angebracht werden. Hierauf wird den Deutschen eine ziemlich kurze Frist, voraussichtlich vier bis fünf Tage, zugestanden, um ihre endgültige Zustimmung zum Gesamtfriedensvertrag zu geben. Man muß also damit rechnen, daß 25 bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des Friedens vergehen werden.

Wann Deutschland nicht unterschreibt.

In der Umgebung der englischen und amerikanischen Friedensbevollmächtigten erklärte man, daß im Falle der Weigerung Deutschlands, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, die jüngst vorbereiteten militärischen Maßnahmen unverzüglich durchgeführt werden. Wenn die Deutschen unterzeichnen, aber ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, so würde man auf dem Punkt stehenbleiben, auf dem man sich befindet. — Die feindliche Presse spricht bereits von einem Auswanderungsverbot gegen deutsche Staatsangehörige, damit sich niemand in Deutschland den Verpflichtungen gegen den Verband entziehen könne.

Die Besprechung zwischen Regierung und den Parteiführern.

Die Parteiführer wurden noch nicht von dem Ministerpräsidenten Scheidemann empfangen, auch haben sie bis jetzt eine Einladung noch nicht erhalten. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß diese Besprechungen erst Montag früh, also kurz vor Beginn der Sitzung der Nationalversammlung, stattfinden. Die Fraktionen der Nationalversammlung traten am Sonnabend zu Sitzungen zusammen, um endgültig zu den Friedensvorschlägen des Biederverbandes Stellung zu nehmen. Auch die Fraktionen der Mehrheitssozialdemokraten, der deutschen Demokraten und des Zentrums der Preussischen Landesversammlung nahmen noch einmal Stellung zu den Bedingungen unserer Feinde.

Die deutsche Antwort auf den Völkerbundsentwurf.

Gleichzeitig mit obenstehender Note hat Graf Brodorski-Rangan eine zweite Note an Clemenceau gerichtet, in der die deutsche Delegation ihre Stellung zu dem Völkerbundsentwurf der Entente darlegt. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation bezieht sich, zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche Friedensdelegation behält sich vor, sich noch eingehend zum Entwurf der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern. Sie macht jedoch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Bestandteil des uns überreichten Vertragsentwurfes unterzeichnen soll, sich aber nicht unter den Staaten befindet, die zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen sind. Die deutsche Delegation stellt die Anfrage, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche Einladung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

(gezeichnet) Brodorski-Rangan.

Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der schwierigste in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundvertrages. — Die Entente hat in ihrem Entwurf den Völkerbund zu einer einseitigen Interessengemeinschaft der Alliierten gestaltet.

Der erste Abschnitt des feindlichen Vertragsentwurfes umfaßt die Normen über den Völkerbund entsprechend dem Tarifvertrag vom 14. Februar, und dessen späteren geringfügigen Änderungen. Die deutsche Delegation ist nur folgendes wichtig: Das Statut sieht zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes vor, die ihm von Anfang an angehören sollen.

Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind von selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt Neutrale aus dem gegenwärtigen Kriege, namentlich die Nordstaaten, Holland und die Schweiz. Diese Staaten sind eingeladen, sich binnen zwei Monaten durch vorbehaltslose Erklärung dem Völkerbund anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das Deutsche Reich einseitig in die Organisation nicht einbezogen werden soll.

Der Entwürfsentwurf im Reich.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Seit Bekanntwerden der feindlichen Friedensbedingungen gehen beim Reichspräsidenten und beim Reichsministerpräsidenten zahlreiche Telegramme aus allen Teilen Deutschlands ein, die den entschiedensten Protest gegen die uns zugeworfenen Vergewaltigungen enthalten. Alle bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung keinen Frieden annehmen werde, der den nun vorliegenden Bedingungen irgendwie entspräche. Der Reichspräsident und die Reichsregierung sind außerstande, auch nur einen Teil dieser Kundgebungen zu beantworten. Keine wird ungehört verhallen, der Reichsregierung sind sie eine willkommene Stärkung für ihre mit allen Kräften geförderten Bemühungen, vom Gewaltfrieden bis zum Verhandlungsfrieden zu gelangen. — An sämtliche Bundesstaaten ist der Ruf ergangen, nach Berlin zu kommen, um Stellung zu nehmen zu diesem Friedensvertrag, der Deutschland aufgezungen werden sollte. — Soweit Stimmen aus Baden und Württemberg vorliegen, weisen sie die Friedensbedingungen einmütig und entrüstet zurück. — Bei einer Fortsetzung der Verhandlungen in Paris fordert die Provinz Ostpreußen unter allen Umständen die Beteiligung von Vertretern Ostpreußens als eines der am schwersten bedrohten Teile des Reiches. Schlesien und Westpreußen protestieren stürmisch gegen eine Unterzeichnung des feindlichen Friedensvertrages, der Millionen Deutscher den Polen ausliefern würde.

Der Magistrat von Berlin hat Hand in Hand mit den Deutschen Soldaten und im Namen einer werktätigen Bevölkerung von Millionen, die oft genug beklundet hat, wie sehr sie den Wunsch hegt, in Zusammenarbeit mit den anderen Nationen die Werte der Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung seine tiefe Erschütterung über das Friedensangebot zum Ausdruck gebracht.

Die Kabinettsberatungen in Berlin.

Das Reichsministerium trat am Sonnabend abends zu einer Sitzung zusammen. Auch in dieser Sitzung führte Reichspräsident Ebert den Vorsitz. Gegenstand der Beratung sind fortgesetzt die Gegenwortsätze der deutschen Delegation an die Entente. Diese Gegenwortsätze werden gemeinsam in Berlin und Versailles ausgearbeitet; zwischen der Delegation und der Reichsregierung findet ein unausgesetzter funktentelegraphischer Meinungsaustausch über Art und Inhalt der Vorschläge statt.

Au die Sozialisten aller Länder!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Kundgebung, die die Proletarier aller Länder aufruft, ihre Kraft zu vereinen, um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der die sozialistische Bewegung in allen Ländern auf das schwerste schädigen würde. Die sozialistische „Humanität“ erklärt, der Friede sei in Wahrheit ein Gewaltfriede, nicht ein Völkerefriede, sondern der Friede dreier Männer: Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Das Blatt sagt: Der Krieg wurde von drei Kaisern angefangen und wurde von drei Autokraten beendet. Nur eine internationale Organisation der Arbeiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

Die Stimmung in Paris.

Durch Paris bewegte sich am Freitag ein Zug von vielen Hunderttausend Arbeitern, die dem am 1. Mai erschossenen Charles Vorne ein ungeheures Grabmal gaben, „dem Opfer der Politik Clemenceaus“, wie Marcel Cachin in einem stammenden Leitartikel der „Humanität“ sagt. „Wir werden nicht vergessen und wir können nicht vergessen.“ Der „Populaire“ enthält drei äußerst scharfe Artikel gegen den Friedensentwurf. Im ersten Artikel erklärt Longuet, der Entwurf sei die Verneinung eines gerechten Dauerfriedens. Es sei ein Gewaltfriede, für deren möglichst baldige Beseitigung sich das Proletariat Europas unerschütterlich einsetzen werde.

Ankunft der österreichischen Quartiermacher.

Die Quartiermacher der österreichischen und der ungarischen Friedensdelegation trafen am Sonntag in St. Germain ein. Oesterreich und Ungarn werden getrennt untergebracht, so daß sie keinerlei Verkehr miteinander haben können. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ erwarten die deutschen Delegierten, bei der Konferenz zwischen den Alliierten und Oesterreich gegenwärtig zu sein. — Die türkischen Friedensdelegierten werden am Montag in Paris erwartet.

China protestiert gegen die Regelung der Schantung-Frage.

China hat seine Delegierten in Paris beauftragt, einen Frieden, der Japan die deutschen Rechte in China zugestehet, nicht zu unterschreiben.

Beratungen des Biererrats in Paris.

Der Rat der Bier, der durch die Rückkehr Oesterreichs wieder vollständig ist, hat am Donnerstag nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der der Status des alten Oesterreich verhandelt wurde. Ebenso wurde über die zukünftigen Grenzen Oesterreichs, Ungarns sowie der neuen Staaten und über die Frage der Adriatische beraten. Die Außenminister der fünf Großmächte haben die Rapporte der verschiedenen Ausschüsse untersucht und genehmigt, worin die Grenzen festgelegt wurden von Ungarn, Tschecho-Slowaken, Serbien, Rumänien und Polen.

Ein zweiter polnischer Auszug zum Meer.

Wie die „Köln. Rundschau“ erzählt, stand die

Reichsregierung bei der Durchsicht der Friedensbedingungen hier zunächst auf dem Standpunkte, daß die Abtretung des nördlichen Teiles von Ostpreußen an die Entente so anzufassen wäre, als ob dieses Gebiet von der Entente für den künftigen litauischen Staat beansprucht werde. Diese Auffassung bekräftigt sich nicht. Nach neuesten Berichten aus Romno ist die vor einiger Zeit von der Presse veröffentlichte Nachricht, daß das gesamte litauische Gebiet mit Romno an Polen fallen soll, zutreffend. Ein souveräner litauischer Staat soll in dem Programm der Entente überhaupt nicht vorgesehen sein. Es liegt nahe, daran zu glauben, daß bei der gegenwärtigen Lage auch das Gebiet nördlich der Memel an Polen fallen soll, und daß hier Polen unter englischer Seefrontrolle einen weiteren Auszug zum Meer erhält. Auch daraus geht schon hervor, daß die geforderte Abtretung des Gebietes nördlich der Memel eine brutale Annexion darstellt, die mit Nationalitätsfragen und Selbstbestimmungsrecht nicht das Geringste zu tun hat.

Abreise Landsbergs und Giesberts.

Eine Antwort auf die deutschen Noten war am Sonnabend mittag noch nicht eingetroffen. Man erwartet nicht, daß der Ton dieser Antwort sehr entgegenkommend sein wird, ja, man ist sogar auf eine glatte Ablehnung gefaßt. Die Reichsminister Landsberg und Giesberts reisen am Montag mit einem Teile der Delegation ab. — Als Kolonialfachverständige wurden von der Reichsregierung der Hamburger Senator Strandes und der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Neu-Guinea Haber nach Versailles berufen.

Die Friedensbedingungen vor der Nationalversammlung.

Die Tagesordnung für die 40. Sitzung der verfassunggebenden Nationalversammlung, die am Montag, 12. Mai, in Berlin in der Aula der Universität am Kaiser Franz-Joseph-Platz stattfindet, enthält nur einen Punkt: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Keine Verhandlungen über die Grenzen!

Ueber die wirtschaftlichen Fragen werden, wie die „Times“ melden, die Alliierten mit Deutschland in schriftliche Verhandlungen eingehen, nicht aber wegen Befestigung der Grenzen. Die Verpflichtungen bezüglich der letzteren liegen fest und sind nicht mehr zu ändern. — Der französische Minister des Auswärtigen, Pichon, erklärte, er glaube nicht, daß die Alliierten von ihren nach reiflicher Erwägung gefaßten Beschlüssen wesentliche Abweichungen zugestehen würden.

Die türkische Regierung räumt Konstantinobel.

In Erwartung des Verlustes Konstantinobels durch den Friedensschluß hat die Ueberlieferung der türkischen Regierung nach Brussa zu Klein-Asien begonnen.

Die Versailler Verhandlungen.

Weitere deutsche Noten.

Aus Versailles wird berichtet: Graf Brodorski-Rangan antwortete auf die Frage, ob irgend etwas seitens des Verbandes auf die deutschen Noten hin erfolgt sei, verneinend. Er teilte dann mit, daß noch am Sonnabend weitere Noten überreicht würden, so eine Note über das internationale Arbeitsrecht.

Ein weiteres Telegramm berichtet:

Am Sonnabend überreichte die deutsche Delegation in einer Note an die alliierten Regierungen den deutschen Entwurf für eine internationale Arbeitsgesetzgebung. Sie schlägt vor, noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Länder, die den Friedensvertrag unterschreiben werden, nach Versailles zu berufen.

Gewerkschaftler nach Versailles berufen.

Um den Arbeitern die Mitwirkung an der Gestaltung über die Bestimmungen des internationalen Arbeitsrechts zu sichern, hält die deutsche Delegation es für notwendig, zur Beratung und Beschlussfassung Vertreter der Landesorganisationen und der Gewerkschaften zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

Die deutsche Delegation hält es für zweckmäßig,

den Verhandlungen dieser Konferenz die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Brüssel vom 5. Februar 1919; Programm zur internationalen Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris zugrunde zu legen. Im Auftrag der Gewerkschaften Deutschlands ist ein Abzug der Beschlüsse beigelegt, die angenommen worden sind von Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Griechenlands, Kanadas, Norwegens, Oesterreichs, Schwedens, der Schweiz, Ungarns und Spaniens. — Wegen ist von Versailles abgereist.

Der Gegenwortsatz.

Die in Versailles gebildeten fünf Kommissionen sind eifrig bei der Arbeit. Weiter der Kommissionen sind: Gesandter v. Haniel für die politisch-militärischen Angelegenheiten, v. Stockmann für Wirtschaftliches, Melchior für Finanzen, Keiner für Soziales, Ministerdirektor Simons für Rechtspolitisches. Die Beratungen sind sehr schwierig, da namentlich über die Fragen wirtschaftlicher Natur mit den im Friedensvertrage niedergelegten Anschauungen der Franzosen schwer zu rechten ist. Es hat sich ergeben, daß für die Antwort eine sichere Richtlinie festzuhalten ist, und es besteht die Hoffnung, daß der deutsche Gegenwortsatz in den Augen der Welt kein bedeutungsloses Blatt Papier sein wird. Ueber die Wirkung auf den Rat der Alliierten soll man sich aber keinen Illusionen hingeben. Auch der stärker und erbitterter werdende Ton der sozialistischen Presse Frankreichs wird auf Clemenceau wenig Eindruck machen. Proteste und Demonstrationen werden Clemenceau auf seinem Nachzug gegen Deutschland nicht aufhalten.

Einige Mitglieder der Friedensdelegation sind nach

Berlin abgereist.

Graf Brodorski-Rangan und Deutsch-Oesterreich.

Es werden verschiedene Gerüchte verbreitet, Graf Brodorski-Rangan wolle versuchen, mit der deutsch-oesterreichischen Frage ein Schachspiel zu treiben. Döllinger wird dazu erklärt: Graf Brodorski-Rangan hält an seinen Grundsätzen fest, die er seinerzeit mit Staats-

Lehrer in Berlin vereinbart hat. Die Regierung denkt durchaus nicht daran, mit den österreichischen Deutschen Schacher zu treiben.

Eine hochstehende englische Persönlichkeit erklärte der Wiener Regierung, daß ein direktes Verbot des Anschlusses nicht erfolge, daß der Verband nur gewisse Konsequenzen aus dem Anschluß ziehen würde.

Der unverhüllte Kolonialraub.

Dem „Temps“ zufolge ist man übereingekommen das künftige Schicksal Kameruns und Togos von England und Frankreich allein bestimmen zu lassen und zwar außerhalb des Mandatensystems. Frankreich bekommt von Kamerun fünf Sechstel, die mit seiner Nachbarcolonie vereinigt werden sollen. Damit wird in letzter Stunde der dünne Schleier, der über eine Annexion der Schutzgebiete durch Völkerbundvertrag, in Gestalt der mit gewissen Bedingungen verknüpften Mandate, geworfen wurde, für einen erheblichen Teil des geraubten Besitzes fallen gelassen. Da schon nach dem Völkerbundvertrag Südwestafrika und die Südfestcolonien als integrierende Bestandteile den benachbarten englischen oder japanischen Gebieten angegliedert werden sollen, bleibt für das reine Mandatensystem nur noch Ostafrika übrig, und es ist zu erwarten, ob es auch hier überhaupt verwirklicht wird. Einsteifen hat sich England diese große Kolonie allein gesichert.

Die Haltung der Parteien.

Die Fraktionen der deutschen Nationalversammlung treten mit Aufrufen an die Öffentlichkeit. Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei erklärt: „In dieser schwersten Stunde deutscher Geschichte darf nur eine Stimme zu hören sein: das „Nein“, mit dem das deutsche Volk in gerechter Empörung diesen Gewaltfrieden ablehnt.“

Die christliche Volkspartei tritt kräftig für einen Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit auf. Nachdrücklich geführte Verhandlungen müssen streben, dies Ziel zu erreichen.“

Der Aufruf der deutschnationalen Volkspartei schließt: „Für uns ist dieses Friedensangebot unannehmbar.“ — Auch die Deutsche Volkspartei erklärt den Friedensvorschlag für „glatz unannehmbar.“

Im „Vorwärts“ spricht sich Stampher für die Nichtunterzeichnung des Friedens aus. Die „Sozialistische Korrespondenz“ sagt: „Die unabhängige Presse propagiert in seinen Leitern: Wir müssen zeichnen. Wenn es den deutschen Unterhändlern nicht gelingt, mildere Bedingungen zu erreichen, dann mögen nur die unabhängigen es unternehmen, den Frieden abzuschließen. Aber sie allein, ohne uns.“

Ein sozialdemokratischer Parteitag ist zum 10. Juni nach Weimar einberufen.

Die feindliche Presse.

Das Triumphgeschrei der französischen Presse.

Die französische nationale Presse ist mit dem maßlosen Bedingungen des Friedensvertrages noch immer nicht restlos zufrieden gestellt. So fordert das „Echo de Paris“, daß das Saargebiet für immer und bedingungslos Frankreich einverleibt werde. Ferner bemängelt das Blatt die zu kurze Dauer der militärischen Besetzung des linken Rheinufers. Nur eine längere Besetzung könne die vollständige Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands garantieren. Das Leitblatt der nationalistischen Royalisten „Action française“ schreibt: Der Friede sei hinsichtlich der politischen Ausführungsmittel ungenügend und deshalb gefährlich. Dem deutschen Volke dürfe kein Hoffnungsschimmer gelassen werden. Das Pariser Heyblatt, der „Matin“, vergleicht unsere Delegationen und ihre äußere Erscheinung mit der Pariser Wachen-Bande Bonnot-Garnier, die 1913 geköpft wurden. Aus dem lauten Konzert der Pariser Pressestimmen tönt unverhüllte Bosheit und billiger Spott heraus über den Eindruck, den die Veröffentlichung der Bedingungen in Deutschland gemacht hat. Die sozialistischen Blätter protestieren heftig gegen die Friedensbedingungen, die die „Humanität“ einen „Frieden der Gewalt, des gefräßigen Imperialismus und der Ungerechtigkeit“ nennt. Die Klausel über das Saargebiet sei die schlimmste Gewalttat des Vertrages. Ebenso schlimm sei die Wegnahme der deutschen Kolonien. Der „Populaire“, das Organ der Minderheit der sozialdemokratischen Partei, weist darauf hin, daß den Deutschen eine vierzehntägige Frist zugestanden wird, um den Friedensvertrag zu lesen und zu studieren und darüber zu beraten. Er meint, Frist und Studium seien durchaus unnötig. Sie bedeuteten lediglich eine neue Dechelei der französischen Imperialisten, da Deutschland sich wohl oder übel beugen müßte, Bedingungen zu unterschreiben, zu deren Achtung es sich unmöglich würde entschließen können.

Die amerikanische Presse erklärt einstimmig, daß der Friedensvertrag Deutschland absolut machtlos gemacht und ihm den verdienten Lohn gegeben habe. Obwohl die Bedingungen als sehr streng angesehen werden, habe in Washington Regierungskreisen nie die Absicht bestanden, sie zu mildern, da sie nicht über die gezehrende Strafe hinausgehen. Außerdem sei man der Ansicht, daß die Deutschen trotz alledem

AMBI in Dresden

Auf der Ausstellung für Wohnungsbau in Dresden wird die
AMBI-Dachziegel-Maschine
im Hand-Betrieb
vorgeführt.

unterschreiben werden. „New York World“ schreibt: Dies ist der drastischste und strengste Friede, der je einem Staat auferlegt wurde. Im Zusammenhang mit dem Völkerbund macht das Abkommen dem Imperialismus, der der Welt soviel Blut und Geld gekostet hat, auf immer ein Ende.

Das in Bromberg erscheinende polnische Blatt „Dziennik Bydgoski“ bespricht die Friedensbedingungen in einem „Auf die Knie“ überschriebenen Artikel, in dem es u. a. heißt: Vielleicht sind nicht alle unsere Hoffnungen und Träume erfüllt worden, aber das, was uns die Entente gibt, ist doch gewaltig, so daß wir der göttlichen Vorsehung als der Lenkerin unserer Geschicke nur danken können.

Scharfe Kritik der englischen Liberalen.
„Daily News“ geben einige Stimmen führenden Männer über den Friedensvertrag wieder. Professor Gilbert Murray sagt: Der Vertrag enthält einen Stachel gegen den Frieden und ist eine Herausforderung zu einem Krieg. Bernhard Shaw sagt ironisch: Die Friedensbedingungen machen die Welt sicher für die Demokratie in Deutschland und schrecklich unsicher für sie überall sonst. Wir haben Deutschland seiner ganzen imperialistischen Würde entzogen und sie auf die eigenen Schultern genommen. Der Arbeiterführer Clynes sagt: Die Verflechtung deutschen Gebietes mit Ausnahme Elsaß-Lothringens wird für unsere Zukunft eine Gefahr bleiben, es sei denn, daß mittels des Völkerbundes eine neue Regelung getroffen wird. Der Arbeiterführer Snowden erklärte: Der Vertrag muß Räuber, Imperialisten und Militaristen bestrafen.

Räumung Lettlands.

Rückzug der deutschen Streitkräfte aus Estland und Lettland.

Im Auftrage der britischen Regierung hatte der englische Vertreter in Spa am 22. April die deutsche Regierung um die sofortige Wiederherstellung der Lage in Libau ersucht, wie sie vor dem Staatsstreich gegen die lettische Regierung bestanden habe. Dieser Staatsstreich sei von den Deutschen ausgeführt worden. Deutscherseits war auf diese durch nichts begründete Anschuldigung erwidert worden, die deutsche Regierung mische sich in die innerpolitischen Verhältnisse von Lettland nicht ein, könne aber auch ein Recht einer anderen Regierung auf eine solche Einmischung nicht anerkennen. Gegenüber den Behauptungen der englischen Note stellt sie fest, daß deutsche Truppen und Behörden keinen Staatsstreich gegen die lettische Regierung ausgeführt haben und an einem solchen sich auch nicht beteiligten.

In einer weiteren Note verlangte der englische Minister Balfour im Auftrage der Entente u. a. die unmittelbare Zurückberufung des Generals von der Goltz und die Bezeichnung „Deutsche Hilfskräfte“ für die deutschen Streitkräfte von Latvia statt „Besatzungsarmee“. Vor Erfüllung dieser Bedingung sollten keine Lebensmittel irgendwelcher Art für die deutschen Streitkräfte in Libau ausgeschifft werden.

Die Reichsregierung ließ am 8. Mai durch Reichsminister Erzberger in Spa eine Note überreichen, in der sie nochmals die Anschuldigungen, die deutsche Regierung habe den Sturz der lettischen Regierung begünstigt, aufs schärfste zurückwies und die Erfüllung der übrigen Forderungen verweigerte. Sie wird vielmehr die gesamten Streitkräfte aus Lettland und Estland in kürzester Zeit zurückziehen. Die vorbereitenden Schritte zur Herbeiführung einer Waffenruhe und eines sich daran anschließenden Waffenstillstandes mit den gegenüberliegenden Truppen sind bereits eingeleitet. Die Zurückziehung wird in einem Zeitraum erfolgen, durch welches das dem Deutschen Reich gehörige Eigentum in Lettland und Livland gesichert wird. Die Verantwortung für die aus der Räumung von Lettland und Estland entstehenden Folgen tragen die alliierten und assoziierten Mächte. Eine Unterstellung von deutschen Truppen unter



den Oberbefehl der Entente ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die freigeordneten Truppen können viel besser verwendet werden in den deutschen Ostprovinzen, wo vielleicht manches anders gekommen wäre, wenn die jetzt zurückkehrenden Truppen schon früher der Heimat zur Verfügung gestanden hätten.

Bekanntgabe des Friedensvorschlages von 1916.

Deutschland maßvoll als Sieger.

Die beste Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Kriegsbedingungen, die Deutschland im Falle des Sieges gestellt haben würde, mit denen, die unsere Feinde dem besiegten Deutschland stellen. Je mehr einer fordert, wenn das Glück des Krieges sich zu seinen Gunsten entscheidet, umso mehr Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Krieg um dieser Forderungen willen angefangen hat.

Es ist der deutschen Regierung häufig zum Vorwurf gemacht worden, sie habe der Welt keine Kriegsziele verkündet. Dies ist nicht geschehen, weil die deutsche Regierung erwarten mußte, die Bekanntgabe ihrer maßvollen Ziele werden ihr als Schwäche gedeutet werden, solange die Gegner an ihren von vornherein maßlosen Vernichtungsplänen festhielten. Deshalb waren auch in dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 formulierter Bedingungen nicht angegeben. Indessen haben damals solche Bedingungen bestanden und sie sind im Frühjahr 1917 dem Präsidenten Wilson als ein Beweis unseres Vertrauens mitgeteilt worden. Diese Bedingungen, oder richtiger diese Grundlagen für Friedensverhandlungen (an einen Diktatfrieden war dabei nicht gedacht) waren folgende:

Zurückzahlung des von Frankreich besetzten Teiles von Ober-Elsaß.

Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Rußland strategisch und wirtschaftlich sicheren Grenze.

Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert.

Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen.

Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen wären.

Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluß zu restituierenden Gebiete.

Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten Unternehmungen und Privatpersonen.

Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluß bilden würden, unter Abschluß entsprechender Handelsverträge.

Sicherstellung der Freiheit der Meere. Die Friedensbedingungen der Verbündeten Deutschlands bewegten sich in gleichmäßigen Grenzen.

Die deutsche Regierung erklärte sich ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angebotene internationale Konferenz einzutreten.

Nun möge das deutsche Volk und die Welt ermessen, auf welcher Seite Willigkeit und Recht, auf welcher Unrecht und Schuld zu suchen sind.

Politische Rundschau.

Die Entente verbietet Deutschland den Verkauf von Flugzeugen. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet aus dem Bericht aus Spa u. a.: General Rudant erklärte im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, daß jeder Verkauf von deutschen Flugzeugen an das Ausland verboten sei, und verlangte die sofortige Mitteilung von Maßnahmen der deutschen Regierung zur Einstellung dieses verbotenen Handels. — Im Auftrage des Marschalls Foch

stellte Rudant ferner mit, daß die Einrückung direkter Züge zwischen Frankfurt und Darmstadt beschleunigt werden solle. Die Züge sollten auf den Zwischenstationen des besetzten Gebietes nicht halten.

Haase für Unterschreiben unter Protest. Der Führer der Unabhängigen hatte nach einer Meldung einer Berliner Mittagzeitung eine Unterredung mit dem bekannten englischen Publizisten Drailsford, in deren Verlauf er auseinandersetzte, warum Deutschland unterzeichnen müsse, wenn die Bedingungen auch noch so hart wären. Passiver Widerstand, der allein möglich sei, könnte das heutige Elend nur verschärfen. Die hungernden Arbeiter würden, wenn sie die Situation begreifen, jede Regierung fürgen, die für das Aufheben der fremden Lebensmittelzufuhren verantwortlich wäre. Wie alle seine Parteigenossen, erwarte er in absehbarer Zeit eine Neuision. Wie werden, so erklärte Haase, unter Protest unterschreiben mit der Absicht, an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter der alliierten Länder zu appellieren.

Ein tschechischer Geschäftsträger in Berlin. Im Auftrage der tschecho-slowakischen Republik traf vor einigen Tagen eine Persönlichkeit aus Prag hier ein, um die Handelsbeziehungen zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Republik in die Wege zu leiten. Der Geschäftsträger soll vor allem auch die Möglichkeit herbeiführen, den Reiseverkehr zwischen Deutschland und den einzelnen Städten Böhmens, insbesondere Karlsbad, Marienbad und Franzensbad wieder in Gang zu bringen.

Die gesamte norwegische Presse mit einer einzigen Ausnahme verurteilt den Versailles Entwurf als einen reinen Gewaltfrieden.

Der sächsische Nachtragsetat.

Der sächsische Volkstamm ist der Nachtrag zum ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan auf die Jahre 1918/19 gleichzeitig mit einem Nachtrag zum Finanzgesetz zugegangen. Die Summe der Mehrausgaben beträgt bei dem ordentlichen Haushalt mehr als 382 Millionen Mark über

gemeinjährig 191 Millionen Mark.

Hierzu findet ein Teilbetrag von gemeinjährig über 20 Millionen durch Mehreinnahmen aus den Forsten und dem Blausandwert Oberschlema Deckung, ein weiterer Teilbetrag soll durch Erhöhung der Einnahmen aus den direkten Steuern, die mit gemeinjährig 54 1/4 Millionen eingestellt sind, aufgebracht werden. Für den verbleibenden Betrag der Mehrausgaben fehlt es an Deckung. Zur Ausgleichung des Haushalts und damit zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im ordentlichen Staatshaushalt ist bei den Einnahmen der allgemeinen Klassenverwaltung eine Entnahme aus den beweglichen Vermögensbeständen des Staates in Höhe von jährlich 117 Millionen Mark eingestellt worden.

Als besonders wesentlich fallen ins Gewicht

die Mehrausgaben bei den Staatsbahnen mit jährlich 136 Millionen, denen nur Mehreinnahmen aus dem Personenverkehr im Betrage von jährlich 20 Millionen gegenüberstehen, sowie die Mehrausgabe für einmalige und laufende Teuerungszulagen an Beamte, Diener, Gehilfen, Arbeiter, Weibliche, Lehrer usw. sowie Teuerungszulagen für Ruhegehaltsempfänger im Betrage von fast 50 Millionen Mark jährlich. Erstmals erscheint im Haushalt das Kapitel Landbestreuer. Es ist mit 730 000 M. Zuschuß eingestellt.

Beim außerordentlichen Etat erhöht sich die Summe der Ausgaben um

151 Millionen.

Davon entfallen 60 Millionen auf die staatlichen Zuschüsse zur Unterhaltung auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge, 20 Millionen auf Zuschüsse an die Gemeinden zu den erhöhten Kosten der Notstandsarbeiten, 15 Millionen auf die Gewährung von staatlichen Zuschüssen für Mehrausgaben an Baukosten bei der Beschaffung von Kleinwohnungen und 6 Millionen auf Zuschüsse zur Reichsbahn für Kriegswohlfahrtspflege an die Bezirksverbände und Gemeinden. In den Mehrforderungen sind weiter beteiligt die Bergverwaltung mit fast 27 Millionen sowie die Eisenbahnverwaltung mit 21 Millionen zur Vermehrung von Lokomotiven, Tendern und Güterwagen sowie Bauten. Letztere kommen als Notstandsarbeiten in Frage. Auch sonst sind bei der Staatsbahnverwaltung zahlreiche Bauten als Notstandsarbeiten in Aussicht genommen. Bei der Unsicherheit der weiteren Entwicklung der Preisverhältnisse auf dem Bauplatz ist es aber vielfach unmöglich, die endgültige Höhe der zu erwartenden Ueberschreitungen anzugeben. Es mußte daher vorläufig davon abgesehen werden, entsprechende Beträge für Ueberschreitungen in den Nachtragsetat einzustellen.

Soweit die Ausgaben in den ordentlichen Einnahmen Deckung nicht finden, müssen

die erforderlichen Geldmittel im Wege des Kredits aufgebracht werden. Das Finanzministerium war durch das Finanzgesetz auf die Jahre 1918/19 ermächtigt worden, unverzinsliche Schatzanweisungen bis zu einem Gesamtbetrag von 500 Millionen Mark auszugeben, die vom Finanzministerium ausgestellt und von der Finanzhauptkasse eingelöst werden. Dieser Kredit ist nach dem Stande vom 1. April 1919 mit einem Betrage von rund 283 Millionen als schwebende Schuld in Anspruch genommen worden, so daß noch ein Teilbetrag von 217 Millionen offen ist. 1914 war das Finanzministerium ermächtigt worden, die Verhältnisse der Finanzhauptkasse um 200 Millionen durch die Aufnahme unverzinslicher Anleihen in dem zur Beschaffung

dieser Summe erforderlichen Kredits zu verfahren. Von dieser Ermächtigung ist während des Krieges kein Gebrauch gemacht worden. Jetzt, nachdem der Anleihemarkt durch das Reich freigegeben ist, soll dies geschehen. Das Ergebnis der aufgelegten Anleihe ist noch nicht bekannt. Ein Teilbetrag ihres Ergebnisses soll in Höhe von fast 31 Millionen zur Abmilderung der schwebenden Schuld verwendet werden.

Die Kriegsausgaben sind erheblich gewachsen.

Seit Beginn des Krieges bis Ende 1919 sind an unmittelbaren, besonders ins Gewicht fallenden Kriegsausgaben rund 348 Millionen verausgabt worden. Die Gesamtbefehligung des Staates an kriegswirtschaftlichen Unternehmungen hat 12 1/2 Millionen betragen, an Vorkäufen und Da liehen zu wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges wurden überhaupt rund 54 Millionen Mark gewährt, wovon 14 Millionen noch nicht zurückgezahlt sind. Auch sonst hat der Staat erhebliche Verpflichtungen im Interesse der Lebensmittelversorgung übernommen.

Um wenigstens für einen Teil des erheblichen Gehaltetrags im Haushaltsplan Deckung zu schaffen, ist die

Erhebung erhöhter Zuschläge zu den direkten Steuern nicht zu umgehen. Unter Aufrechterhaltung voller Zuschlagsfreiheit für Einkommen bis 2200 Mark ist die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer bei Einkommen von mehr als 4000 Mark bis einschließlich 7800 Mark dergestalt ein, daß von natürlichen Personen an Stelle der bisherigen 15 Prozent 20 Prozent erhoben werden. Die Steigerung der Zuschlagstaffelung ist ziemlich stark. Einkommen von 61000 Mark z. B., die 1918 einen Zuschlag von 60800 Mark zu tragen hatten, werden jetzt mit 212800 Mark herangezogen. Zur Ergänzungsteuer sollen im Jahre 1919 300 Prozent der normalen Steuer als Zuschlag erhoben werden gegen 200 Prozent 1918. Die Grundsteuer soll 1919 mit 10 Pfennigen von jeder Steuereinheit statt 8 Pfennigen 1918 herangezogen werden.

Brieftasche verloren

von Tempel bis Markt. Bitte abzugeben
Technikum-Allee 290, I.

Ein Schüler der hiesigen Mälerschule sucht zum 20./6. in guter Familie ein einfach möbl. Zimmer

mit voller Pension. Offerten mit Preisangabe unter B. N. 62 in d. Geschäftsst. dieser Zeitung.

Wer Pension

gegen gute Bezahlung? Angebote werden an Schuldirektor Ebert erbeten.

Junger Mann sucht Stellung als Wirtschaftshelfer, wenn mögl. m. Familienanstell. Berufslandwirt und an strenge Tätigkeit gewöhnt. Näh. bei E. Jungnickel, Dippoldiswalde, Schulgasse 108.

6-8 Holzschläger

für Schlagarbeit in der Nähe Johnebachs, sowie Leute zum Rindeschälen gesucht.
von Rittschanskische Forstverwaltung.
Bärenstein, Bez. Dresden.

Gesucht ordentliches ehrliches Hausmädchen

zum baldigen Antritt. Vorzustellen mit Zeugnissen. Frau Dr. Gebauer, Rabenauer Str.

Suche z. 1. Juli ein fleißiges Hausmädchen

nicht unter 19 Jahren, welches in der Landwirtschaft tätig war, wegen Verheiratung des jetzigen. Arthur Jakob, Leimfabrik Gombjen bei Kreischa.

Landwirt

sucht bei 20 - 25 000 M. Anzahlung Gut zu kaufen, gute Gebäude erwünscht. Offerten unter D. A. 5653 an Rudolf Woffe, Dresden, erbeten.

Ein gebrauchtes Klavier

ist preiswert zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle b. Bl. Drucksachen für jedermann liefert sauber und nach Carl Jahnke

Ehrliche tüchtige Tischler

zum sofortigen Antritt gesucht. Nicolaistraße 191.

Kaufe Schlacht- pferde

B. Vieber, Rößschlächterei

Dippoldiswalde, Freiberger Straße 237, Telefon 97. Bin bereit, bei kranken Pferden zu wachen. Bei Rößschlachtungen bin ich mit Transportwagen schnellstens zur Stelle. Empfehle mich als Pferdescherer.

Suche sofort oder später eine Wirtschaft

zu kaufen. Anzahlung in jeder Höhe. Off. u. A. S. 100 in die Geschäftsstelle b. Bl.

Gebrauchte, gut erhaltene Arbeits- geschirre

zu kaufen gesucht. F. Schmidt & Co., Rabenau.

Der Verkauf des Auslands- schweinefleisches

findet b. den hiesigen Fleischern schon Dienstag nachm. statt.

Empfehle Staudenjalat

Gleichzeitig empfehle Stiefmütterchen, Nelken, Malven, Karthäusernelken, Bergheimeinicht. Ferner empfehle Polargonien (Storchschnabel). In verschiedenen Sorten sind reichliche Bestände vorhanden.

Joh. Kranig.

Eine Schaufensterscheibe, 247x194,5 groß, im Holz mit Zubehör, und ein guter halterer Gießkraut zu verkaufen. Produktionsgeschäft Max Ziegler, Schmiedeberg.

Für die uns anlässlich der **Verlobung** unserer Tochter **Charlotte** mit Herrn **Herm. Schütze** in so reichem Masse dargebrachten Geschenke und Glückwünsche sagen allen herzlichsten Dank
Dippoldiswalde
P. Haubold und Frau **Anna**, geb. Bucht.

Transportable Sparkochherde
in großer Auswahl empfiehlt
Wilhelm Jäppelt Nachf.,
Abt. Osenau- und Osenhandlung, Pörschendorf,
Telephon: Allingenberg Nr. 4.
Von **Mittwoch den 14. d. M.** ab stelle ich wieder eine große Auswahl
Original Oldenburger und Ostfriesisches Milch- vief,
hochtragend und frischmelk. bei mir zum Verkauf.
Sainsberg. G. Kästner.
Telephon Amt Deuben 296.



Gutgebautes **Landhaus** mit Garten
geeignet für Damenheim, zu kaufen gesucht. Möglichst Nähe der Bahnlinie Sainsberg-Ripdorf oder in Dippoldiswalde selbst. Offerten erbitet Frau Kelling, Großhilsa.

Reiseförbe, Wäscheförbe, Tragförbe
bei **Nich. Dehne,**
Korbwarengeschäft, Markt.
Cheviot,
schwarz, 84 cm, empfiehlt **Wilhelm Gottschalk.**

Schlacht- pferde
kauft **Hermann Scharfe.** Tel. 80. Im Notfall sofort zur Stelle. Nachmittags vorhanden.

Jugendverein „Frohsinn“ Dönschten u. Umg.
Dienstag den 13. Mai abends 1/28 Uhr
Monatsversammlung. D. S.

Die Verlobung ihrer Kinder
Erna und Kurt
beehren sich anzuzeigen
Färbereibesitzer **Franz Zeidler** und Frau **Emma**, geb. Arnold,
Kaufmann **Clemens Koch** und Frau **Emma**, geb. Schilde.
Dippoldiswalde und Tharandt, im Mai 1919.
Erna Zeidler
Kurt Koch
Verlobte
Dippoldiswalde. Mohorn.

4 Stuhlbauer, 2 Maschinen-Arbeiter, 2 Stuhlbauer-Lehrlinge
(letzte erhalten freie Kost, Wohnung und Taschengeld), suchen für sofort
Lauensteiner Stuhlfabrik,
Otto Wende & Sohn, Lauenstein.

Wachruf!
Wiederum hat von uns der Krieg ein junges Menschenleben gefordert. Am 3. Mai starb infolge der schweren Wunden unfer Jugendfreund, der Kanonier **Martin Fischer.**
Er war uns allzeit ein geselliger Freund und wird von uns sehr vermisst. Gottes Rathschluß hat es nicht gewollt, daß er fernerhin in unserer Mitte weilen sollte.
Sehr rasch bist Du von uns genommen, wir können es kaum fassen. Gott hat Dich auch lieb gewonnen, drum wollt er Dich zu seinen Engeln lassen. Bist Du auch nicht mehr in unserm Reich'n, die Erinnerung soll uns weh'n. Immer woll'n wir gedenken Dein, Sollst stets noch bei uns steh'n. So ruh nun aus von Deinem Leid, An Deinem Grab wir steh'n. Und sagen Dir in Deine Einsamkeit Habe Dank! Ruhe sanft! Auf Wiederseh'n! Gewidmet von der Jugend zu Gadsdorf.

Hierzu „Illustriertes Unterhaltungsblatt Nr. 19“